

ANTRAG

der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Findeis und Waldhäusl

betreffend **Forderungen zur Anti-Atompolitik, zu einem EU-weiten Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung und dem Schutz von NÖ gegen die Gefahren der Kernenergie (7-Punkte-Katalog)**

zum Antrag betreffend Offensive Anti-Atompolitik gegenüber Nachbarstaaten,
LT-808/A-3/59-2011

Niederösterreich hat seit Jahren den Weg der erneuerbaren Energie eingeschlagen. Vorfälle wie Fukushima zeigen, dass Kernenergie nicht beherrschbar und nicht sicher ist. Nach wie vor bestimmende Themen der Bundes- und Landespolitik sind:

- Offensichtliche Sicherheitsmängel bei bestehenden und in Betrieb befindlichen Atomkraftwerken,
- fehlende verpflichtende Sicherheitsstandards bei Neu- und Ausbau von Atomkraftwerken,
- nicht-EU-Richtlinien-konforme UVP-Verfahren,
- mangelnde Transparenz und verspätete Ereignismeldungen bei Störfällen,
- völlig unzureichende Haftungsregelungen für Atomkraftwerksbetreiber,
- Diskussionen um ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Grenznähe zu Niederösterreich

Die Ereignisse der vergangenen Wochen in Japan haben neuerlich gezeigt, dass die Energiegewinnung aus Atomkraft unabsehbare Gefahren birgt. Selbst ein

hochtechnologisiertes Land wie Japan kann die äußeren Einflüsse, die bei dieser Form der Energiegewinnung im Spiel sind, nicht zu 100% beherrschen.

Weltweit wurde den Verfechtern der Kernenergie vor Augen geführt, dass nicht nur die bisher hoch gelobten Sicherheitskonzepte bei Atomkraftwerken versagt haben, sondern vor allem die Menschheit einem außer Kontrolle geratenen Atomreaktor hilflos gegenübersteht. Schwere Unfälle bei Atomkraftwerken sind evident, kein Land und kein Reaktortyp können ein Restrisiko ausschließen.

Neben den ständigen Gefahren, die der Betrieb von Kernkraftwerken mit sich bringt, werden die Umweltzerstörung bei der Urangewinnung sowie die Probleme und Gefahren der jahrtausende andauernden Nachsorge der verbrauchten Brennelemente vielfach übersehen. Unter Berücksichtigung der Kosten für die Sanierung entstandener Umweltschäden im Rahmen der Rohstoffgewinnung und für die Nachsorge des hochradioaktiven Abfalls ist Atomstrom zweifellos die teuerste Energieform der Menschheit. Bis heute ist die Frage der Endlagerung ungeklärt. Derzeit wird sämtlicher atomarer Reststoff in so genannten Zwischenlagern verwahrt. Experten warnen, dass Zwischen- und Endlager eine Gefahr für die Bevölkerung über viele Generationen darstellen kann. Wie bei der Nutzung der Atomkraft, bleibt auch bei der Reststoff-Lagerung immer ein Restrisiko, zum Beispiel durch geologische Veränderungen in Tiefenlagern oder durch terroristische Angriffe auf Oberflächen-Zwischenlager. Es gilt daher geplante Atom-Lagerstellen in Grenznähe zu Niederösterreich durch Protest auf jeder Ebene zu verhindern.

Die Europäische Union hat viele Bereiche des täglichen Lebens durch sicherheitstechnische Vorgaben geregelt, um für mehr Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Obwohl die Endlagerung von atomarem Müll überstaatliche Auswirkungen haben kann, hat die EU derzeit noch keine Richtlinien über die Sicherheit eines Atommüllendlagers getroffen. Die Diskussionen in den vergangenen Wochen haben gezeigt, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger strenge Bestimmungen im Umgang mit den Rückständen aus AKWs fordern. Daher sollten rasch klare Richtlinien getroffen werden.

Auch die Kosten für die Vorhaltung von Personal- und Materialressourcen im Rahmen der Notfallplanung für großräumige radiologische Notstandssituationen dürfen nicht vernachlässigt werden. Gerade wir in Niederösterreich, die aufgrund der ständigen Bedrohungen durch die grenznahen Atomkraftwerke gemeinsam mit allen Blaulichtorganisationen und dem NÖ Zivilschutzverband enorme Ressourcen bereithalten und Alarmpläne ständig aktualisieren und beüben müssen, kennen diese Problematik zur Genüge. Auch die psychologischen Aspekte, die von solchen ständigen Bedrohungen ausgehen und damit Auswirkungen auf die Gesundheit haben, müssen entsprechende Beachtung finden.

Ein Umdenken, vor allem in unseren Nachbarstaaten, kann aber nicht alleine durch Forderungen erreicht werden. Niederösterreich kann anderen Ländern mit seinem Wissensvorsprung im Bereich der erneuerbaren Energie als Vorbild dienen und im Rahmen grenzüberschreitender Projekte den Ausbau erneuerbarer Energien unterstützen. Die aktuelle Katastrophe in Japan hat gezeigt, dass die Bevölkerung einen Ausstieg aus der Kernenergie unterstützt und diesen fordert. Die Staatengemeinschaft der Europäischen Union steht heute vor der Entscheidung, ihre Energiepolitik im Sinne der Sicherheit völlig neu zu überdenken.

Da diese Problematik nur auf europäischer Ebene zu lösen ist, sind die Mitglieder der Bundesregierung aufgefordert, in den betreffenden Gremien den österreichischen Anti-Atom-Weg im Schulterschluss mit anderen Anti-Atom-Staaten durchzusetzen.

Die Bundesregierung hat auch weitere Maßnahmen zu ergreifen, dass die Europäische Union eine klare Definition von Atommüllendlager festlegt und dass Österreich in keinsten Weise durch radioaktive Abfälle, schädliche Rückstände oder Emissionen aus Kernkraftwerken gefährdet wird.

Insbesondere fordert der NÖ Landtag:

- verbindliche Stresstests bei Kernkraftwerken
- einen sukzessiven europaweiten Ausstieg aus der Kernenergie
- einen Prioritätenplan für die Stilllegung von Kraftwerken, gemessen an ihrem Gefährdungsgrad
- neuen umfassenden Haftungsregelungen für Kernkraftwerksbetreiber

- einer Novellierung des europäischen Nuklearrechtes hin zu erneuerbaren Energieträgern
- ein klares Bekenntnis der Ablehnung zu grenznahen Atommüllendlagern, wie es seitens des Landes Niederösterreich schon seit Jahren gibt
- klare Regelungen und Richtlinien für die Atommüllendlagerung auf europäischer Ebene.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g:

- „I) Die niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung zu fordern, dass sie auf europäischer Ebene:
- 1) auf einen raschen Ausstieg aus der Energiegewinnung mit Kernkraftwerken drängt
 - 2) dass die Verbindlichkeit für Stresstests bei allen Kernkraftwerken der Mitgliedsgemeinschaft umgehend in europäisches Recht umgesetzt wird
 - 3) umfassende internationale Sicherheitsstandards verbindlich erlassen werden
 - 4) Kernkraftwerke die internationale Sicherheitsstandards nicht entsprechen sofort vom Netz genommen werden
 - 5) ein verbindlicher Zeitplan für die Stilllegung von Atomkraftwerken mit Sicherheitsmängeln in Kraft gesetzt wird
 - 6) die Errichtung eines grenznahen Lagers für hochradioaktive Abfälle mit allen verfügbaren Mitteln verhindert wird
 - 7) für eine klare Definition von Atommüllendlagern eintritt.
- II) Der Antrag betreffend Offensive Anti-Atompolitik gegenüber Nachbarstaaten, LT-808/A-3/59-2011 wird durch diesen Antrag erledigt.“